**Für eine langfristige Finanzierung von Pflege durch Vermögenssteuern**

Die Finanzierung von Pflege wird neben dem Umgang mit Arbeitslosigkeit bzw. einer Reorganisation von Arbeit das herausfordernde gesellschaftspolitische Thema in Österreich sein. Fragen, wie die letzte Lebensphase gestaltet werden kann, bewegen naturgemäß immer mehr Menschen in unserem Land. Zu wissen, dass es hier gesicherte, die eigene Situation berücksichtigende Lösungen gibt, schafft Vertrauen.

Zur Zeit passiert das Gegenteil. Durch den Pflegefonds ist die Finanzierung der Pflege bis 2018 gesichert. Allerdings bildet der Pflegefonds lediglich die aktuelle Situation ab, ohne die künftigen Bedarfslagen zu berücksichtigen. Alle demographischen Prognosen diagnostizieren jedoch einen steigenden Pflegebedarf in der österreichischen Bevölkerung. Nicht ausreichend berücksichtigt wird , inwieweit Frauen auch in Zukunft bereit und in der Lage sein werden, informelle Pflegaufgaben zu übernehmen. Es ist nicht zu erwarten, dass der hohe Prozentsatz an pflegenden Angehörigen - dabei handelt es sich überwiegend um Frauen - konstant bleiben wird. Laut einer AK Studie pflegen 436.000 Menschen regelmäßig hilfsbedürftige Verwandte oder Bekannte.

Um einen positiven Turnaround im Pflegebereich zu erreichen und diesen Bereich als Beschäftigungsmotor zu entwickeln, müssen sich Arbeitsbedingungen und Entlohnung deutlich verbessern. Der Staat sollte Pflege als eine seiner Kernaufgabe sowohl was deren Finanzierung als auch die Leistungserbringung anbelangt – betrachten. Vermögenssteuern müssen vor diesem Hintergrund diskutiert werden. Michael Chalupka hat in der Pressestunde zu Recht darauf hingewiesen, dass es z.Z. bereits eine Vermögenssteuer gibt. Und zwar gibt es eine 100%ige Vermögenssteuer für pflegebedürftige Menschen.

Eine zweckgebundene Finanzierung von Pflege durch Vermögenssteuern im Verantwortungsbereich des Staates hat mehrere gesellschaftspolitische Effekte:

* Rückgang der Arbeitslosigkeit
* Steigender Stellenwert von Pflege
* Im Pflegesektor können gut bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze entstehen
* Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird deutlich erleichtert
* Gute Pflege hat positive Auswirkungen auf den Gesundheitszustand älterer Menschen
* Arm – Reich Schere wird reduziert
* Auch vermögende Menschen könnten diese Steuer vermutlich als sinnvoll empfinden – ein Konsens wäre erreichbar

Wir fordern daher:

* Einführung von Vermögenssteuern mit einer Zweckbindung an den Pflegesektor
* Pflege muss als Kernkompetenz des Staates verstanden werden